

Postfische Zeitung

15 Pfennig

Gründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitungsbild“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.-Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Aulieferung werden höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zelle 50 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zelle 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ulstein'scher Offsetdruckerei Georg Bernward Verantw. Redaktion (in Anm. d. Handeltreib.) Carl Misch, Berlin, Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Radstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulsteinstr. Am Dönhofs 3008-3065, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3008-3009. Telegramm-Adressen: Ulsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 654

Depositionsmanöver im Reichstag

Die Regierungsparteien in der Minderheit / Beschluß des Kabinetts: Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung durch Verordnung / Die Notwendigkeit der Großen Koalition

Am Reichstage erfolgte sich gestern nachmittag — bei der Beratung der Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — ein Zufallsspiel, das starke Gewerkschaften hervorrief und für einige Minuten die Vorstellung erwecken konnte, daß die Stellung des Kabinetts Marx erschüttert sei. Bei der namentlichen Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, die Unterstützungssätze um 20 v. H. bei Familienangehörigen um 20 v. H. zu erhöhen, ergab sich eine aus nationalsozialistischen, Sozialdemokratischen, Kommunisten und Reichstagen gebildete Mehrheit von 205 gegen 141 Stimmen der Regierungsparteien. Als Reichsarbeitminister Dr. Brauns daraufhin erklärte, daß hauptsächlich für die Regierung keine Möglichkeit bestehe, diesen Beschluß durchzuführen, schloßen sich die Deutschnationalen, als ob sie das Kabinett für die Mitte bereits zur Strecke gebracht hätten. Da es sich aber um keine Regierungsanfrage, sondern um Anträge von Parteien handelte, war die Abstimmung gescheitert — eine Überzeugung des Kabinetts in der Abstimmung nicht erfolgt. Die Reichsregierung, die sofort zusammentrat, beschloß von dem ihr zulebenden Rechte Gebrauch zu machen und die Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung im Verordnungsweg auf Wirkung vom 8. November durchzuführen. Sie hält sich dabei an die Vorschriften des Sozialpolitischen Gesetzes, das die Erhöhung von 10 bis für Beschäftigte um 15 v. H. beschloß hat. Die Verordnung wird heute vormittag dem Reichstage vorgelegt, von demem zweifellos genehmigt und vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden. Wenn der Reichstag am Nachmittag zusammentritt, wird die Verordnung bereits in Wirklichkeit getreten sein. Ein politischer Konflikt wird sich aus der gestrigen Abstimmung nicht ergeben.

Das Ergebnis der gestrigen Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag ist, wenn auch durchaus nicht tragisch zu nennen, doch ein Warnungssignal für die Regierungskoalition, das nicht übersehen werden darf. In dem ersten Anlauf hat sich gezeigt, daß die Deutschnationalen ein stoffloses Werkzeug sind, die Opposition zu treiben, in jedem Falle, unabhängig von sachlichen Gesichtspunkten, so zu stimmen, daß das Kabinett der Mitte in der Minderheit bleibe und vielleicht eines Tages zum Rücktritt gezwungen werden könne.

Wie ist es gefahren zu dieser sozialistisch-kommunistisch-nationalsozialistischen Front gegen die Regierungskoalition gefahren? Im sozialpolitischen Ausschuss ist seit dem 18. Oktober über die Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung verhandelt worden. Die ursprünglichen Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten forderten eine Erhöhung um 50 v. H. Die man nicht ernstlich zu diskutieren; neben der außerordentlich finanziellen Belastung des Reiches und der Länder hätte eine solche Steigerung bedeutet, daß die Unterstützung für die Mehrzahl der Erwerbslosen höher gewesen wäre als der normale Arbeitslohn. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, ebenso ein Antrag auf eine 30prozentige Erhöhung. Nach wochenlangen Verhandlungen kam man sich im sozialpolitischen Ausschuss schließlich auf eine Kompromißlösung zu. Die Sätze für Beschäftigte um 10, für ledige um 15 v. H. zu erhöhen. Demem Kompromiß haben auch die Sozialdemokraten zugestimmt; die Regierung, die es gebilligt hatte, konnte auf eine glatte Annahme dieses Antrages rechnen. Es handelte sich, wie noch einmal hervorzuheben sein will, nicht um eine Regierungsanfrage, sondern um Initiativ-Anträge der Parteien. Die Regierung hat die gesetzliche Vollmacht, in der Verordnungsweg die Anpassung der Unterstützungssätze an die wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen. Sie ist lediglich verpflichtet, Rührung mit dem Reichstag zu nehmen, das allerdings bisher noch niemals den Reichstag überbringen, sondern um nicht später durch Initiativ-Beschlüsse des Reichstages in Verlegenheit gesetzt zu werden.

Bei der Beratung der Anträge im Plenum haben die Sozialdemokraten ihren ursprünglichen Vorschlag — 30 v. H. mehr für die Unterstützung, 20 v. H. mehr für die Familien-

zuzüglich — wieder aufgenommen, mit dem sichtlich auch für sie überzeugenden Ergebnis, daß die Deutschnationalen mit „Ja“ stimmten und dadurch eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag ermöglichten. Graf Westarp hat hinterher, in einer Erklärung zur Geschäftsordnung, das Verhalten der Deutschnationalen bei dieser Abstimmung damit zu bestreiten versucht, daß seine Fraktion die Demagogie der Sozialdemokraten ad absurdum führen wollte. Den Sozialdemokraten sei es ja gar nicht ernst mit ihren Anträgen, außerdem wollten die Deutschnationalen der Regierungskoalition zeigen, daß sie nicht mit wachsenden Mehrheiten regieren könne. Die Deutschnationalen würden bei den abkommenden gegen die ganze Vorlage stimmen. Auch der Führer der Deutschnationalen Partei hätte nicht übersehen, daß eine Schlussabstimmung gar nicht in Frage kommen konnte, weil es sich eben nicht um eine Regierungsanfrage, sondern um Initiativ-Anträge handelte.

Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoff, dem Sprecher des Zentrums Elser, dem völkerrhetorischen Abgeordneten Thiel wurde die Unaufrichtigkeit der deutschnationalen Taktik gebührend charakterisiert. Es war auch nicht schwer, die starken Mängel zu entdecken, die sich Graf Westarp bei der Verteidigung einer solchen Sache gegeben hätte. Denn wenn von Demagogie gesprochen werden durfte, trat der Vorwurf eher die Deutschnationalen als die Sozialdemokraten. Der Sozialdemokrat konnte nicht immerhin eher zutrauen, daß es ihr um den Wunsch nach einer 30prozentigen Erhöhung ernst sei, als den Mangel der Regierung über die Unterstützungssätze zu sein. Die Deutschnationalen führen ja gern das Wort von dem Verantwortungsgesühl im Grunde. Das ist eine Politik ohne Ernst und ohne Verantwortungsbewußtsein treiben, haben sie durch ihr gestriges Verhalten neuerdings erlitten. Denn gesetzt den Fall, es hätte sich gehen um eine Vorlage gehandelt, mit der die Regierung helfen oder sollen mußte, und das Kabinett Marx hätte aus der Abstimmung die Konsequenzen gezogen, dann wäre doch nach parlamentarischen Brauche an die Deutschnationalen die Verantwortung übertragen, zusammen mit den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Reichstagen die neue Regierung zu bilden und als ersten Punkt des Regierungsprogramms die 30prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen. Waren

die Deutschnationalen dazu bereit? Sie werden es kaum werden, darauf mit Ja zu antworten. Und damit sprechen sie ihrem gestrigen Verhalten selbst das Urteil: es war von recht demagogischen Motiven getrieben. Sie haben nicht den Gehirnen, sondern sich selbst die Nase vom Gesicht gemacht, ohne ihr nächstes Ziel zu erreichen: die Regierung Marx in ernste Verlegenheit zu bringen.

Die Wirkung der Abstimmung im Reichstage war zunächst, daß der Zentrumsabgeordnete von Guericke vordrängte, die Sitzung abzubrechen, da die Regierungsparteien vorläufig kein Interesse an der Weiterberatung hätten. Das Ergebnis der Abstimmung über diesen Antrag mußte, da es zunächst zweifellos blieb, durch Sammelrufung festgestellt werden. Der seltsame Fall trat ein, daß — bei Einhaltung der Deutschnationalen — die Stimmen einander genau die Waage hielten, 140:140. Ein anderer Antrag Wolffs zur Überweisung der fürirrig-Anträge an den Ausschuss erreichte. Auch die wurde, wieder im Sammelrufung abgelehnt. Es wurde also zunächst die Rede weiterer beabsichtigt. Um dieser unnützen Zeitvergehung ein Ende zu setzen, wählten die Regierungsparteien nach dem Saal; es wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses angesetzt. Die Abstimmung ergab die Annahme der (nicht beschlußfähigen) Zahl von 230 Mitgliedern, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Es wurde allerdings für fünf Minuten später eine neue Sitzung anberaumt, in dieser aber nur debattiertes eine geringe Zahl von Vorlagen den Ausschuß übermitteln und die nächste Sitzung sofort auf heute nachmittag anberaumt. Die noch ausstehenden Anträge zur Erwerbslosenunterstützung sollen dann beraten werden; es handelt sich dabei um die Frage der Verringerung der Beiträge für Invaliden- und Strafenversicherung, soweit sie für Erwerbslose vom Reich gezahlt werden sollen, und um die sogenannte Krüppel-Fürsorge. Zwischenfälle wie der gestrige sind kaum mehr zu erwarten; man ist durch die gestrige deutlichen Heberhöhung zur Ruhe gekommen.

Wer kann das die einzige Lehr-Motiv? Dann möchte man die Bedeutung des gestrigen Vorganges doch verstehen. Die Deutschnationalen wollen in die Regierung, und die erste Voraussetzung für Erreichung dieses Zieles ist, daß unter allen Umständen das Kabinett der Mitte verschwindet. Es werden jede Gelegenheit wahrzunehmen, um das Kabinett bei Abstimmungen in die Minderheit zu bringen. Demonstrationen, die gegen die sozialdemokratische, werden ihnen jetzt willkommen sein.

Jugoslawisch-italienischer Konflikt

Um die slowenische Minderheit

Nachrichtendienst der „Postfischen Zeitung“

in Weidg. 8. November

Nach dem Attentat auf Mussolini haben, wie jetzt hervor gekommen wird, die Faschisten in Österreich die Einrichtungen der Slowenen zerstört. In den Schüden der Schulverbreitung wurde die ganze Einrichtung zerstört. Das Ergebnis wurde dann mit Benzin überzogen und angezündet. Ebenso wurden die Einrichtungen verschiedener slowenischer Vereine sowie die Kanzlei eines slowenischen Anwaltes zerstört. Die Redaktionen und die Druckerei des „Slovenski“ wurde durch verheerendes Militär von dem gleichen Schicksal betroffen.

Der Abgeordnete Dr. Slavich wird in der morgigen Sitzung der Kammer als Führer der slowenischen Volkspartei an den Angehörigen Dr. Slavich eine dringliche Anfrage richten, was die jugoslawische Regierung zu unternehmen gedenke, um die Rechte der slowenischen Minderheiten in Italien zu schützen.

Einen weiteren Anstoß zu politischen Konflikten zwischen Jugoslawen und Rom bildet eine außerordentlich scharfe Rede, die

Stefan Stablich gestern in Dublin über Mussolini und Italien in einer Versammlung vor einer großen Menge hielt.

Stablich sagte u. a., daß wenn in Jugoslawien die Verhältnisse zwischen Serben und Kroaten nicht zufriedenstellend wäre, die Verhältnisse in Jugoslawien heutzutage dieselben wären wie in Italien, wo die Attentate auf der Tagesordnung stünden und die Staatsbürger massenhaft verhaftet würden. Dieser Terror könne nicht weiter geduldet werden.

In Italien, ein bis das Land der Freiheit, sei heute alles dunkel. Italien ist heute das Feindbild und das letzte Land auf der Welt, das nicht ist noch meine Meinung“, sagte Stablich, „ebenfalls über Italien die Meinungen, die heute in der jugoslawischen Regierung liegen. In Italien kommen schreckliche Dinge vor. Italien wird von künftigen Ländern der Welt bebaut, aber auch zerstört. Selbst das italienische Volk verurteilt Mussolini, und sein Schicksal wird ihn einmal treffen. Der Faschismus trägt nach einer internationalen Kraft. Was heute in Italien geschieht, ist ein Verbrechen, das den Welt-Fortschritt in Italien schlimmer als der russische Bolschewismus.“